

„FAIRNESS BRAUCHT KLARE REGELN!“



Mit der Initiative „BAUfair!“ setzt die Bundesinnung Bau in der Bekämpfung der illegalen Erwerbstätigkeit auf den konstruktiven Dialog. Dank der überzeugenden Argumente gewinnt das Baugewerbe gegen das vermeintliche „Kavaliersdelikt“ Schwarzarbeit

immer mehr Mitstreiter aus Politik und Wirtschaft.

Es herrscht Konsens darüber, dass ein fairer Wettbewerb nur dann gewährleistet sein kann, wenn für alle Mitbewerber die gleichen Spielregeln gelten. Und die soliden Lösungsvorschläge zeigen konkrete Wirkung: die Schattenwirtschaft im Bauwesen war in den letzten Jahren tendenziell wieder rückläufig! Diese erfreuliche Trendumkehr führen wir als Interessenvertretung von rund 13.000 Mitgliedsbetrieben nicht zuletzt auf unsere konsequenten Bemühungen für mehr Fairness am Bau zurück.

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten gilt es, besondere Anstrengungen zu unternehmen, damit die Bürger nicht wieder vermehrt in den Pfusch flüchten.

Mit der verpflichtenden Anmeldung von Arbeitnehmern vor Arbeitsantritt, einem zentralem Gewerbe-register bzw. Firmen A-Z, der BUAK-Baustellendatenbank sowie der AuftraggeberInnenhaftung, sind wichtige Instrumente gegen die illegale Beschäftigung verwirklicht worden.

Verschärfte Behördenkontrollen, insbesondere die Aufstockung der Finanzpolizei aber auch selbst initiierte

„FAIRNESS BRAUCHT KLARE REGELN!“

Fairnessregeln der Bauwirtschaft, wie Standesregeln und Haftpflichtversicherung, tragen gleichfalls zur Steigerung der Seriosität der Branche bei und verhindern die Unterwanderung durch illegale Praktiken.

Diese Maßnahmen haben erfreulicherweise eine deutliche Reduktion der Insolvenzverluste bei den öffentlichen Kassen bewirkt.

Für die Nachhaltigkeit dieser Entwicklung ist aber noch viel zu tun. Schließlich ist es auch ein Gebot der Fairness, dass Wohnbauförderungsmittel nicht zweckentfremdet verwendet werden.

BAUfair! steht auch für leistbares Wohnen, sichere Arbeitsbedingungen sowie für Fairness gegenüber der Umwelt. So ist gerade angesichts der Klimaschutzziele die Politik auf Jahre hinaus gefordert, bauseitige Investitionen durch seriöse und qualifizierte Firmen für möglichst viele Bauherren leistbar zu gestalten.

Gleiches gilt für den rasch wachsenden Bedarf an barrierefreien und seniorengerechten Wohnformen. Besonders stolz bin ich darauf, dass die vielen Aktivitäten von BAUfair! dazu beigetragen haben, dass die Thermische Sanierung jährlich mit 100 Millionen Euro gefördert wird.

Ich danke allen Entscheidungsträgern und Meinungsbildnern für die tatkräftige Unterstützung der Ziele des Projektes „BAUfair!“.

Senator h.c.

Bmstr. Komm.-Rat Ing. Hans-Werner Frömmel
Bundesinnungsmeister

WEGE AUS DER SCHWARZARBEIT

KRÄFTE BÜNDELN

VERSTÄRKT KONTROLLIEREN

ANREIZE SCHAFFEN

1. Behörden zur Zusammenarbeit verpflichten

Alle Behörden, die für Bauangelegenheiten zuständig sind, müssen zusammenarbeiten. Die Einhaltung der gewerberechtlichen Vorschriften ist durch den Austausch von Daten und Informationen sicherzustellen. Krankenkassen haben die Abmeldung des gewerberechtlichen Geschäftsführers unverzüglich der Gewerbebehörde mitzuteilen.

2. Scheinfirmen frühzeitig erkennen

Baufirmen sollen verstärkt unmittelbar nach ihrer Gründung von Mitarbeitern des Finanzministeriums besucht werden, um auszuschließen, dass es sich um Scheinfirmen handelt. Bei diesen Erstbesuchen sind die betriebsorganisatorischen Voraussetzungen für die angemeldete Geschäftstätigkeit zu überprüfen. Diese Maßnahme dient der verbesserten Früherkennung von dubiosen Firmen und damit einer drohenden Abgabenhinterziehung.

3. Kontrollen verstärken

Die Überprüfung von Arbeitnehmern auf den Baustellen durch die Finanzpolizei ist weiter zu verstärken. Der Nachweis der Identität der Beschäftigten und ihre Anmeldung zur Sozialversicherung müssen zweifelsfrei möglich sein und konsequent abverlangt werden. Kontrollen sollen auch an Abenden durchgeführt, Anzeigen und Hinweisen muss unverzüglich nachgegangen werden.

WEGE AUS DER SCHWARZARBEIT

4. Kontrolle der Gewerbeberechtigung und von Baustoffen durch die Baubehörde

Die Baubehörde soll verstärkt kontrollieren, ob die Bauausführung durch befugte Bauunternehmen erfolgt. Gerade energieeffiziente Bauweisen und altersgerechte Wohnformen verlangen nach qualifizierten Experten. Nur durch den Einsatz von befugten Unternehmen können einwandfreie Qualität sowie Gewährleistungs- und Schadenersatzrechte gesichert werden. Bei der Vergabe von Gewerbescheinen ist die Zuverlässigkeitsprüfung zu verbessern. Ebenso soll die Baubehörde stärker kontrollieren, ob in Österreich zugelassene Baustoffe eingesetzt werden. Der illegale Einsatz ausländischer Baustoffe ist nicht nur wettbewerbsverzerrend, sondern kann auch zu gravierenden Baumängeln führen und einen Abbruchauftrag nach sich ziehen.

FÖRDERUNGEN UND STEUERANREIZE

5. Leistbares Wohnen

Der Bedarf an Neubauwohnungen steigt in den nächsten Jahren von 40.000 auf 55.000 Einheiten. Für deren Realisierung muss eine entsprechende Basisfinanzierung gesichert werden und ist die Zweckbindung der notwendigen Mittel erforderlich. Dazu schlagen wir eine laufende Bedarfserhebung durch neutrale Institute, die Schaffung einer Bundesfinanzierungsagentur sowie die gesetzliche Möglichkeit der Veranlagung von Pensionskassenmitteln in Wohnbauanleihen vor. Der widmungsgemäße Einsatz der Fördermittel ist zudem seitens der Fördernehmer durch Rechnungen für Leistungen nachzuweisen, die von dazu befugten Unternehmen erbracht wurden.

WEGE AUS DER SCHWARZARBEIT

6. Thermische Sanierung und altersgerechtes Wohnen

Steuerliche Anreize sind für die dringend notwendige Verbesserung der bauseitigen Energieeffizienz und die Verwirklichung von seniorengerechten Wohnformen unabdingbar. Ebenso ist eine Miet- und Wohnrechtsreform überfällig, die die Durchführung von Thermischen und Altersgerechten Sanierungen erleichtert. Der bewährte Sanierungsscheck für die Thermische Sanierung sollte prolongiert werden.

Für die Altersgerechte Sanierung sollte à la longue eine eigene Förderschiene etabliert werden. Umfragen haben ergeben, dass der Großteil der Senioren im Alter in den „eigenen vier Wänden“ bleiben möchte. Um ein seniorengerechtes Wohnen und eine häusliche Pflege zu ermöglichen, sind die bestehenden Wohnungen und Häuser entsprechend zu adaptieren. Angesichts der demografischen Entwicklung ist das auch notwendig, um die ausufernden Pflegekosten der öffentlichen Hand und der betroffenen Familien deutlich zu reduzieren. Die Bundesinnung Bau hat dazu einen Pool von speziellen Experten installiert, die die notwendigen Umbauarbeiten organisieren können. (www.barrierefrei.bau.or.at)

7. Mehrwertsteuer senken

Die Senkung des Mehrwertsteuersatzes für die Renovierung von privatem Wohnraum hat sich als Maßnahme gegen die Schwarzarbeit in mehr als der Hälfte der EU-Staaten bestens bewährt. Umfragen zeigen die höhere Bereitschaft auch bei österreichischen Hausbauern, ein gewerbliches Bauunternehmen zu beauftragen, wenn dies eine deutliche Steuerersparnis nach sich zieht.

WEGE AUS DER SCHWARZARBEIT

8. Stadterneuerung vorantreiben

Die Mobilisierung von Privatkapital durch fiskalische Anreize für Stadterneuerungsmodelle muss als wichtiger Impulsgeber in der Stadterneuerung forciert werden. Die Einführung einer Investitionsprämie wäre darüber hinaus auch für den Finanzminister ein Geschäft und würde nach Berechnungen der Bundesinnung Bau jährlich Budgeteinsparungen in zweistelliger Millionenhöhe ermöglichen.

9. Steuerliche Absetzmöglichkeiten erweitern

Die Erweiterung der Absetzmöglichkeit von Bauinvestitionen würde private Bauherren zusätzlich dazu motivieren, befugte Dienstleistungsfirmen zu beauftragen. So locken etwa Deutschland und Finnland jeden Einkommenssteuerpflichtigen mit attraktiven Freibeträgen für bauliche Verbesserungen durch befugte Handwerker. Die Einführung eines Bauhandwerkerbonus nach deutschem Vorbild und die Möglichkeit der 67-stel Abschreibung für Privatinvestoren wären wichtige Impulse für die offizielle Bautätigkeit.

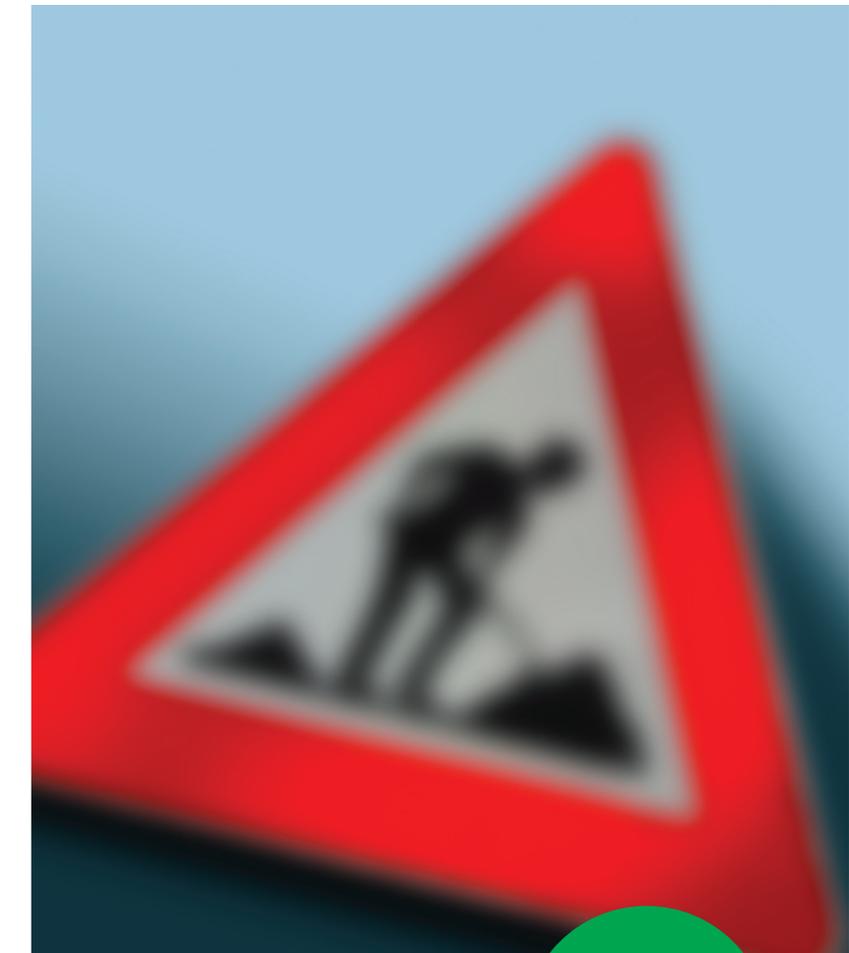
10. Förderung von Arbeitnehmerschutzmaßnahmen

Zur Steigerung der Arbeitssicherheit sollten im Baubereich Arbeitnehmerschutzmaßnahmen stärker gefördert werden. Positive Aktionen wie die Mappe „Arbeitssicherheit am Bau“ oder die Förderung von Sicherheitschuhen für Lehrlinge durch die AUVA sollten fortgesetzt und ausgeweitet werden – ebenso „Baufit“ oder „fit 4 work“. Die Förderung von Ersthelferkursen wäre besonders für den gefahrengeneigten Baubereich ein wichtiges Anliegen.

BAUfair! Eine Initiative der Bundesinnung Bau
gegen die Schattenwirtschaft

www.baufair.at
www.bau.or.at

Projektmanagement:
Esprit in Relations - Dr. Szalachy Consulting EU
2340 Mödling
Carl Zwilling Gasse 17a
T: 02236 205867
M: 0676 5570295
E: baufair@esprit-pr.at
Auflage 2013



Eine Initiative
der Bundesinnung Bau
gegen die Schattenwirtschaft

